

Pressemitteilung:

ÖDP Landesverband NRW

FOR IMMEDIATE RELEASE

5. Oktober 2018

ÖDP NRW sieht Erfolg für die Verteidigung des Hambacher Forsts

ÖDP begrüßt Urteil zum Rodungsstopp in Hambach

Innenminister Reul nicht länger tragbar.

(Münster/Düsseldorf) – "Es gibt weiter Hoffnung für den Hambacher Forst", so die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) Nordrhein-Westfalen zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster, das einen Rodungsstopp verhängt hat. Dieser Rodungsstopp ist nach Meinung der ÖDP NRW ein wichtiger, aber eben auch nur ein Etappensieg auf dem Weg zum Kohleausstieg.

Die Richter in Münster hatten einen vorläufigen Rodungsstopp verhängt, da der RWE-Konzern und die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Behörde nicht durch Tatsachen oder Unterlagen belegen konnten, dass bei einem Rodungsstopp die Energieversorgung bundes- oder landesweit gefährdet sei. So die Begründung der Richter. Durch die Rodung vollendete Tatsachen zu schaffen, die zudem Belange des Gebiets- und Artenschutzes unwiderruflich beeinträchtigen könnten, sei daher nicht gerechtfertigt.

Die ÖDP NRW sieht sich durch das Gericht in seiner Rechtsauffassung bestätigt, dass die Rodungsgenehmigung der Bezirksregierung von Arnsberg zumindest rechtszweifelhaft zustande gekommen ist.

Das Urteil des OVG lässt nach Meinung der ÖDP NRW den massiven Polizeieinsatz, den die NRW-Landesregierung zu verantworten hat, in einem anderen Licht erscheinen. Die Regierung Laschet hat die Landespolizei für die Durchsetzung rechtlich äußerst zweifelhafter Interessen eines Konzerns eingesetzt. Sollte das OVG in einem abschließenden Urteil den Rodungsstopp bestätigen, hat die Landesregierung die NRW-Polizei dafür eingesetzt, vollendete Tatsachen bei einem Rechtsbruch zu schaffen. Es ist nicht Aufgabe einer Landesregierung, durch das Schaffen von Fakten Urteile von Gerichten ins Leere laufen zu lassen.

Die ÖDP NRW beobachtet mit größter Sorge das Demokratie- und Rechtsverständnis der Regierung Laschet. Für sie ist der NRW-Innenminister Reul nach dieser Gerichtsentscheidung nicht länger tragbar. Die ÖDP NRW fordert die Landtagsopposition auf, die Vorgänge um die Verquickung zwischen RWE und der Landesregierung in einem Untersuchungsausschuss klären zu lassen.

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) wurde 1982 als Bundespartei gegründet. Die ÖDP hat derzeit bundesweit ca. 6600 Mitglieder und über 470 Mandatsträger auf der Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, ist in Bezirkstagen vertreten, stellt Bürgermeister und stellv. Landräte und ist seit 2014 auch im Europäischen Parlament vertreten. Damit zählt die ÖDP zu den zwölf größten Parteien Deutschlands.

Wer wir sind ...

In der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) arbeiten Menschen, die gemeinwohlorientiert denken und handeln. Der oberste Grundsatz unseres politischen Handelns ist, dass wir nicht nur an uns selbst denken, sondern auch solidarisch an alle Menschen auf unserer Erde und an die zukünftigen Generationen. Wir entwickeln zukunftsfähige Lösungen für Mensch, Tier und Umwelt mit dem Ziel einer lebenswerten, gerechten und friedvollen Gesellschaft. Der Grundsatz "Mensch vor Profit" steht im Mittelpunkt unserer Politik. Wir lösen die Umwelt- und die Armutsfrage gemeinsam, indem wir ökonomische, ökologische und soziale Zusammenhänge ehrlich und weitsichtig betrachten.

Pressekontakt: Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP), Landesverband NRW -Landespressestelle-Weseler Str. 19 - 21 48151 Münster

Telefon 0251 / 760 267 45
E-mail: <u>presse@oedp-nrw.de</u>
Internet: <u>www.oedp-nrw.de</u>

Vorstand: https://www.oedp-nrw.de/partei/organisation/landesvorstand/

V.i.S.d.P.: Martin.Schauerte@oedp.de (Landesvorsitzender)

###